

Messstation an der A 40

Rat verabschiedet Resolution / Linke übt scharfe Kritik

Wattenscheid ■ Mit einer Resolution will die Stadt das Land NRW zwingen, im Bereich der A40 vor der offiziellen Inbetriebnahme der sechsspurigen Autobahn im Jahr 2011 Messstationen für Feinstaub und Stickstoffdioxid aufzustellen. Die Messdaten sind unverzichtbar, um die gesetzlich geforderten Grenzwerte zu kontrollieren und mögliche Schutzmaßnahmen für die Bevölkerung in Wattenscheid abzuleiten.

Damit unterstreicht die Stadt einen Ratsbeschluss aus dem vergangenen Jahr, in dem die Verwaltung bereits beauftragt wurde, beim Land NRW eine Messstation zu beantragen. Dort sind aber alle Stationen verplant. Nicht vor 2011 sei mit einer Installation zu rechnen, heißt es vom zuständigen Landesumweltamt.

Die Linke kritisierte die Resolution als „heiße Luft“ und enthielt sich der Stimme. Sie fordert von der Stadt gegebenenfalls selbst für das Aufstellen einer Messstation in Wattenscheid zu sorgen, sollte das Land nicht innerhalb von sechs Monaten reagieren. Damit kämen auf die Stadt Kosten von etwa 50000 Euro pro Jahr und Messstation zu. Eine zusätzliche Leistung, die aufgrund des nicht genehmigten Haushalts nicht zu realisieren ist.

Nach Ansicht der Linken wäre es möglich, die entstandenen Kosten vom Land zurückzufordern. Dennoch müsste die Stadt zunächst das Geld vorstrecken. ■ **b-r**

Ruhr Nachrichten, 27. Juni 2009